



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace- Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Neue Bundesregierung muss sich mehr für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen

Bonn, 30. September 2017/dj

Nach Ansicht der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) müssen der Einsatz für Frieden, mehr Gerechtigkeit und die Umsetzung der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung für die neue Bundesregierung Priorität haben. In einer von der Mitgliederversammlung in Naunhof bei Leipzig einstimmig verabschiedeten Resolution richtet die AGDF mehrere Forderungen an den neuen Deutschen Bundestag und die künftige Bundesregierung.

Zu den Forderungen der AGDF gehört eine ressortübergreifende prioritäre Politik, die sich den Zielen der Agenda 2030 verpflichtet weiß, der Ausbau der Ressourcen und handlungsfähiger Strukturen für Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Die AGDF fordert zudem von der neuen Bundesregierung, dass sie dem Nuklearwaffenverbotsvertrag beitrifft und sich für ein Abkommen zur weltweiten Ächtung autonomer Waffen einsetzt. Dazu gehört für den Friedensverband auch der Verzicht Deutschlands auf Kampfdrohnen und eine kritische Überprüfung der Rolle des US-Stützpunktes Ramstein in der Pfalz bei US-amerikanischen Drohneneinsätzen sowie die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO.

Die AGDF fordert in ihrer Resolution zudem von Bundestag und Bundesregierung Maßnahmen zur Stärkung der UN, der OSZE und des Internationalen Gerichtshofes, eine restriktive gesetzliche Regelung aller Rüstungsexporte, den Stopp von Waffenlieferungen und den Ausbau der Programme der zivilen Friedensförderung und der internationalen Völkerverständigung.

Nach Ansicht der AGDF ist die aktuelle Situation in der Welt erschreckend. Mehr als 60 Millionen Menschen seien auf der Flucht vor Krieg und Not, die Kriege in Syrien, Afghanistan, Mali, dem Irak und im Jemen kämen trotz oder wegen internationaler Beteiligung zu keinem Ende. Weltweit werde hochgerüstet, Atomwaffen modernisiert. Im Konflikt um das nukleare Rüstungsprogramm Nordkoreas würden sich die Spannungen zwischen den USA und Nordkorea rasant zuspitzen. Gleichzeitig würden Menschenrechte in vielen Ländern eklatant verletzt, Nichtregierungsorganisationen drangsaliert, zudem würden Hass und Populismus, auch in Deutschland, an Einfluss gewinnen, heißt es in der AGDF-Resolution.

Dabei beklagt die AGDF, dass die Politik bislang keine wirksamen Strategien und Konzepte gegenüber diesen dramatischen Veränderungen entwickelt. „Aus den Erfahrungen unseres zivilgesellschaftlichen Engagements im In- und Ausland wissen wir: Alternativen sind möglich“, betont der Friedensverband. Die Resolution soll nun den Fraktionen des neuen Deutschen Bundestags zugesandt werden.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37